

Veranstaltungsreihe

**RECHTE TENDENZEN IM LÄNDLICHEN RAUM:**

# ***Abgebaut, abgehängt – abgewählt? Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland***

**Mittwoch, 18.02.2026, 18:30 Uhr Online**

**Referent: Dr. Bastian Heider (Institut für Landes- und  
Stadtentwicklungsforschung, Dortmund)**

Die Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung, mit Bildungs- und Betreuungsangeboten oder der Mobilitätsinfrastruktur ist ein wichtiger Einflussfaktor für das Vertrauen in staatliche Akteur\*innen und letztlich in die Demokratie selbst. Aber ist der Aufstieg rechts-populistischer Parteien wirklich die „Rache der vernachlässigten Regionen“?

Dieser Frage ist eine 2025 veröffentlichte Studie nachgegangen, welche die Zusammenhänge zwischen Unterschieden in der regionalen Daseinsvorsorge und wachsender Demokratieunzufriedenheit in Deutschland untersucht hat. Schnell wird deutlich: Es wird nicht allein deswegen die AfD gewählt, weil im ländlichen Raum kein Bus mehr fährt.

Dennoch bietet die Studie Ansatzpunkte dafür, wie Verbesserungen der Infrastruktur dazu beitragen können, verlorenes Vertrauen in die Demokratie wieder zurückzugewinnen.

Nach einem Impuls von Bastian Heider werden wir mit ihm ins Gespräch darüber kommen, welche Handlungsoptionen es für Regionalpolitik, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen gibt.

Dr. Bastian Heider ist stellvertretender Leiter des Bereichs Geoinformation und Monitoring am Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Dortmund (ILS) und Leiter der Studie „Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland“ (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2025).

*Die Veranstaltung findet via Zoom statt.  
Anmeldung unter [flensburg@rbt-sh.de](mailto:flensburg@rbt-sh.de)*

Die Veranstaltung wird organisiert durch das Evangelische Regionalzentrum Westküste, die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, dem Kirchenkreis Nordfriesland, das Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Flensburg des AWO Landesverbandes SH e.V. und Fremde brauchen Freunde e.V.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.